Nyke Slawik
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Bundesinnenministerium hält an der 2025 vom Bundesrat blockierten Verordnung zur Weitergabe der Daten von trans*, inter* und nicht-binären Menschen fest

Nyke Slawik, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73399
nyke.slawik@bundestag.de

Wahlkreisbüro Leverkusen:
Mülheimer Str. 7a
51375 Leverkusen
Telefon: +49 214-3100285
nyke.slawik.wk@bundestag.de

Queerpolitische Sprecherin

Obfrau im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mitglied in der Kinderkommission

Stv. Mitglied im Verkehrsausschuss

Berlin, 03.03.2026

Die geplante zustimmungspflichtige Verordnung des Bundesinnenministeriums zum Geschlechtseintrag im Meldewesen im Oktober 2025 im Bundesrat wurde wegen mangelnder Mehrheiten kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt. Dennoch hält das Bundesinnenministerium weiterhin an der verfassungsrechtlich zweifelhaften Verordnung fest. Das ergab die Antwort auf eine schriftliche Frage der Abgeordneten Nyke Slawik.

Die geplanten Änderungen betreffen unter anderem die Verarbeitung und Weitergabe besonders sensibler personenbezogener Daten von Menschen, die das Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch genommen haben. Dadurch werden diese unfreiwillig gegenüber Behörden geoutet.

Dazu erklärt Nyke Slawik, die queerpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Ich bin wirklich entsetzt! Trotz der deutlichen Kritik aus der Zivilgesellschaft und obwohl wir Grüne im Bundesrat ein gesondertes Meldewesen für trans*, inter* und nicht-binäre Personen vergangenes Jahr im Bundesrat blockiert haben, hält das Bundesinnenministerium weiter an einer Verordnung fest. Bereits über 250.000 Menschen haben sich mit einer Petition gegen eine derartige Reglung stark gemacht. Während die Diskriminierung und die Gewalttaten gegenüber queeren Menschen und insbesondere trans*, inter* und nicht-binären Personen auf sehr hohem Niveau verharren, will das BMI mit der Verordnung die Situation weiter verschärfen. Und immer noch hat es nicht überzeugend begründet, warum so viele Behörden die nicht mehr relevante Daten, wie den alten Geschlechtseintrag oder Vornamen von allen, die das Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch genommen haben, brauchen. Mit seinem Generalverdacht gegenüber trans*, inter* und nicht-binären Menschen gefährdet das für Sicherheit zuständige Ministerium die Sicherheit von einer der vulnerabelsten Gruppen und verletzt deutlich das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.“

Vor der geplanten Verordnung auf Bundesebene im Bundesrat hatten Verbände, die sich zur Verordnung geäußert haben, einstimmig gewarnt. Auch der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundesrates empfahl eine Ablehnung der Verordnung und äußerte deutliche Kritik. Als sich abbildete, dass es keine Zustimmung durch die Länder im Bundesrat geben würde, hatte die Regierung die Verordnung kurzfristig wieder von der Tagesordnung gestrichen.

Auch eine Petition von Campact gegen die gesonderte Erfassung der Daten von trans*, inter* und nicht-binären Personen im Meldewesen wurde von über 250.000 Menschen unterzeichnet (https://weact.campact.de/petitions/kein-sonderregister-fur-trans-personen-nie-wieder-listen-gegen-minderheiten). Eine Petition, die beim Deutschen Bundestag zu diesem Thema eingereicht wurde, hat Anfang des Jahres ebenfalls das Quorum von 30.000 Mitzeichenenden erreicht (https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2025/_07/_14/Petition_183950.html). Sie wird nun im Petitionsausschuss angehört.

„Egal ob Mann, Frau oder nicht-binär, kein Mensch möchte, dass die eigenen hochsensiblen Informationen ohne Anlass zwischen zahlreichen Behörden ausgetauscht werden. Deshalb gibt es in Deutschland aus gutem Grund den Datenschutz. Als Grüne werden wir in engem Austausch mit den Verbänden die weiteren Schritte des Bundesinnenministeriums in dieser Sache sehr aufmerksam verfolgen.“, so Nyke Slawik.

Über Nyke Slawik
Nyke Slawik zog 2021 und 2025 über die Landesliste der NRW-Grünen in den Deutschen Bundestag ein und vertritt den Wahlkreis Leverkusen-Köln IV. Die gebürtige Leverkusenerin ist queerpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Obfrau im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In der vorangegangenen Legislaturperiode begleitete Slawik für ihre Fraktion den Aktionsplan „Queer Leben“ und wirkte maßgeblich an der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes mit.